

4192/J XXII. GP

Eingelangt am 27.04.2006

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Gabriele Heinisch-Hosek

und GenossInnen

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend der „Lebenssituation von Frauen und Männern in der Prostitution“

Sexarbeit ist in Österreich eine gesellschaftliche Realität und ein beachtlicher Wirtschaftsfaktor. Obwohl jede/jeder davon weiß, ist das Thema nach wie vor tabuisiert und diejenigen, die die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen bedienen werden stigmatisiert und marginalisiert. Sexarbeiterinnen aus dem In- und Ausland fehlt es vor allem an rechtlicher Absicherung.

Zur Verbesserung der rechtlichen Situation und Arbeitsbedingungen von Prostituierten, bedarf es vielfältiger Maßnahmen, die nur in einer sachlichen Diskussion durch Einbeziehung von NGOs herbeigeführt werden kann.

Als Grundlage dafür ist ausreichendes Datenmaterial notwendig, um die derzeitige Situation erörtern zu können und dementsprechende Maßnahmen zu setzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

Anfrage:

- 1) Wie hoch waren die Steuereinnahmen aus der Prostitution im Jahr 2003?
- 2) Wie hoch waren die Steuereinnahmen aus der Prostitution im Jahr 2004?
- 3) Wie hoch waren in diesem Zeitraum die Einnahmen aus der Einkommenssteuer von Prostituierten?
- 4) Wie hoch waren in diesem Zeitraum die Einnahmen aus der Umsatzsteuer aus dem Betrieb von Bordellen?